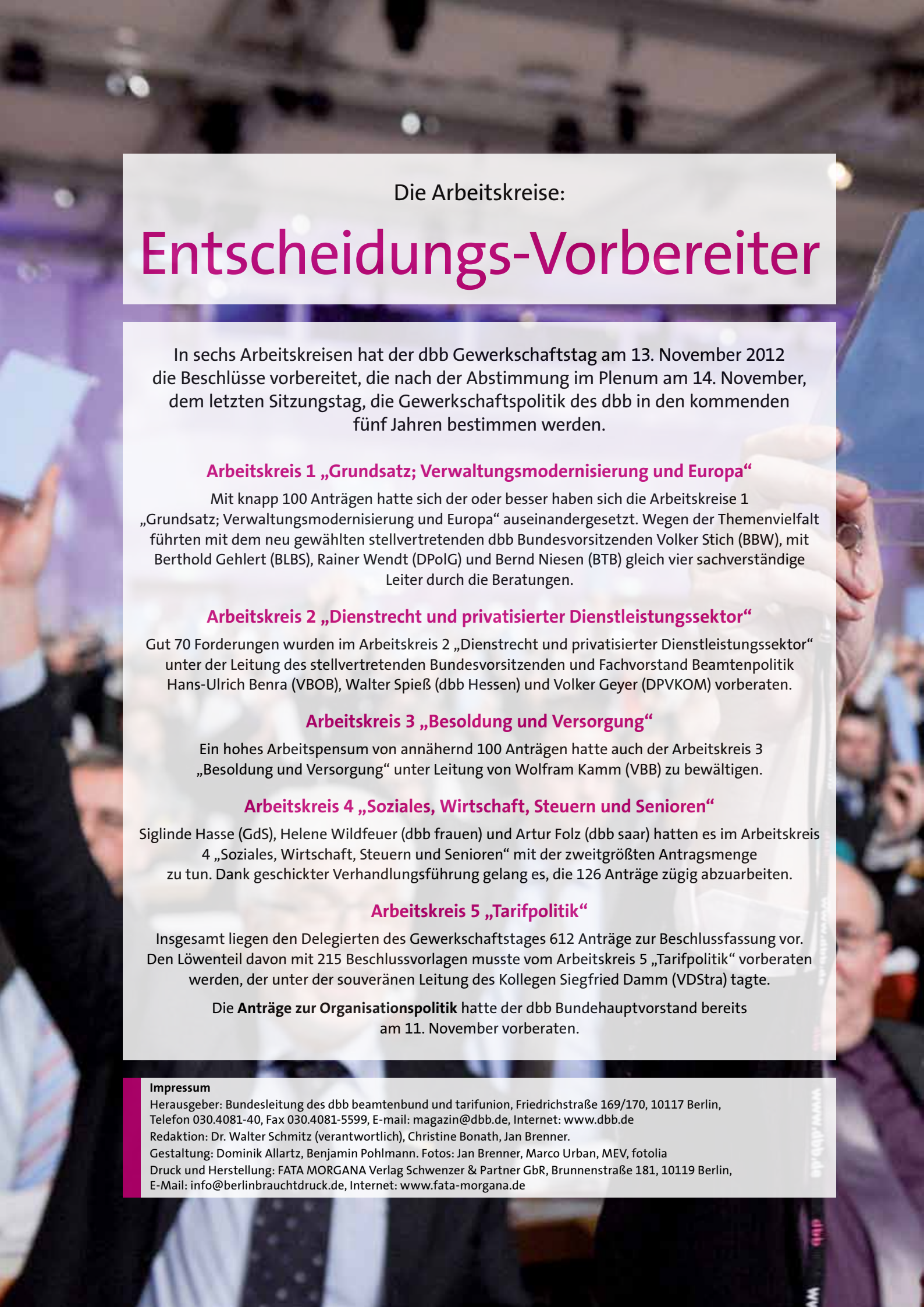
3

dbb journal

Gewerkschaftstage 2012

Öffentliche Veranstaltung:

Leistung macht Staat



Die Arbeitskreise:

Entscheidungs-Vorbereiter

In sechs Arbeitskreisen hat der dbb Gewerkschaftstag am 13. November 2012 die Beschlüsse vorbereitet, die nach der Abstimmung im Plenum am 14. November, dem letzten Sitzungstag, die Gewerkschaftspolitik des dbb in den kommenden fünf Jahren bestimmen werden.

Arbeitskreis 1 „Grundsatz; Verwaltungsmodernisierung und Europa“

Mit knapp 100 Anträgen hatte sich der oder besser haben sich die Arbeitskreise 1 „Grundsatz; Verwaltungsmodernisierung und Europa“ auseinandergesetzt. Wegen der Themenvielfalt führten mit dem neu gewählten stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Volker Stich (BBW), mit Berthold Gehlert (BLBS), Rainer Wendt (DPolG) und Bernd Niesen (BTB) gleich vier sachverständige Leiter durch die Beratungen.

Arbeitskreis 2 „Dienstrecht und privatisierter Dienstleistungssektor“

Gut 70 Forderungen wurden im Arbeitskreis 2 „Dienstrecht und privatisierter Dienstleistungssektor“ unter der Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra (VBOB), Walter Spieß (dbb Hessen) und Volker Geyer (DPVKOM) vorberaten.

Arbeitskreis 3 „Besoldung und Versorgung“

Ein hohes Arbeitspensum von annähernd 100 Anträgen hatte auch der Arbeitskreis 3 „Besoldung und Versorgung“ unter Leitung von Wolfram Kamm (VBB) zu bewältigen.

Arbeitskreis 4 „Soziales, Wirtschaft, Steuern und Senioren“

Siglinde Hasse (GdS), Helene Wildfeuer (dbb frauen) und Artur Folz (dbb saar) hatten es im Arbeitskreis 4 „Soziales, Wirtschaft, Steuern und Senioren“ mit der zweitgrößten Antragsmenge zu tun. Dank geschickter Verhandlungsführung gelang es, die 126 Anträge zügig abzuarbeiten.

Arbeitskreis 5 „Tarifpolitik“

Insgesamt liegen den Delegierten des Gewerkschaftstages 612 Anträge zur Beschlussfassung vor. Den Löwenteil davon mit 215 Beschlussvorlagen musste vom Arbeitskreis 5 „Tarifpolitik“ vorberaten werden, der unter der souveränen Leitung des Kollegen Siegfried Damm (VDStra) tagte.

Die **Anträge zur Organisationspolitik** hatte der dbb Bundehauptvorstand bereits am 11. November vorberaten.

Impressum
Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin,
Telefon 030.4081-40, Fax 030.4081-5599, E-mail: magazin@dbb.de, Internet: www.dbb.de
Redaktion: Dr. Walter Schmitz (verantwortlich), Christine Bonath, Jan Brenner.
Gestaltung: Dominik Allartz, Benjamin Pohlmann. Fotos: Jan Brenner, Marco Urban, MEV, fotolia
Druck und Herstellung: FATA MORGANA Verlag Schwenzer & Partner GbR, Brunnenstraße 181, 10119 Berlin,
E-Mail: info@berlinbrauchtdruck.de, Internet: www.fata-morgana.de

Die Öffentliche Veranstaltung:

Leistung macht Staat

Die Big Band des Bundespolizeiorchesters Berlin sorgte bereits bei Eintreffen der ersten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Öffentlichen Veranstaltung am 13. November 2012 für gute Stimmung. Anschließend stimmte die Premiere des neuen dbb Imagefilms die rund 1 200 Delegierten des größten dbb Gewerkschaftstages aller Zeiten und die rund 500 Gäste aus Verwaltung und Politik auf die gewerkschaftspolitischen Themen ein.

dbb Chef Dauderstädt fordert Demografie-Pakt

Um das hohe Leistungsniveau der Verwaltung in Zeiten knapper Kassen und alternder Bevölkerung zu sichern, fordert der dbb einen Demografie-Pakt. „Der Demografie-Strategie der Bundesregierung fehlt der konkrete Bezug zur Verwaltungspraxis“, sagte Klaus Dauderstädt in seiner ersten Rede als dbb Bundesvorsitzender. „Der dbb bietet daher an, bei demografiefesten Anpassungen des Beamtenrechts ebenso konstruktiv mitzuwirken wie bei der Formulierung von Demografie-Tarifabschlüssen. Unsere Gewerkschaften und Landesbünde werden aber genauso bereit sein, mit den zuständigen Dienstherren und Arbeitgebern Konsequenzen aus demografischen Veränderungen zu erörtern wie unsere Mitbestimmungsinstanzen in allen Dienststellen und Betrieben.“

Klaus Dauderstädt

Der dbb Bundesvorsitzende verwies unter anderem auf den Fehlbedarf von über 100 000 Fachkräften im öffentlichen Dienst und auf weitere mehr als 700 000 Kolleginnen und Kollegen, die in den kommenden Jahren altersbedingt ausscheiden.

Es gehe um den Demografie-Pakt als Ausbildungspakt, als Beschäftigungspakt und als Ruhestandspakt, so Dauderstädt. „Wie gewinnen wir den Wettstreit, den attraktiveren Arbeitsplatz anzubieten?“, fragte Dauderstädt und empfahl: „Mit dem Abschluss einen sicheren, nicht nur befristeten Job zusagen, Aufstiege offerieren, Karriere im Dienst eröffnen.“ Zum Beschäftigungspakt führte er an: „familienfreundliche Ausgestaltung vom Betriebskindergarten bis zur Telearbeit. Qualifikation nicht, weil Lernen lebenslang sein soll, sondern für eine konkrete Aufgabe, eine höherwertige und besser bezahlte Funktion. Gesundheitsmanagement, das sich nicht in einer vegetarischen Variante der Kantine erschöpft, sondern Stress bei der Arbeit endlich als Problem ernst nimmt.“ Und zum Ruhestandspakt gehören laut dbb Chef: „angemessene Arbeitszeiten und Erholungsphasen für ältere Mitarbeiter, ergonomisch altersgerechte Arbeitsplätze und belastungsgerechte Tätigkeiten. Nutzung der Erfahrungsschätze älterer Mitarbeiter, die nicht die schnellsten Läufer sein mögen, aber die Abkürzungen kennen. Wissenstransfer durch Mentorenprogramme.“

David McAllister

Ronald Profalla

Die Gesellschaft wolle zwar, dass der Staat funktioniert, so Dauderstädt weiter. „Aber dazu müssen annehmbare Rahmenbedingungen geschaffen werden und erhalten bleiben.“ Menschen im öffentlichen Dienst übten eine für das Gemeinwohl sinnvolle Tätigkeit aus. „Dafür wollen wir aber nicht belächelt werden, wenn die Konjunktur gut läuft, und nicht in schwierigen Zeiten einer Neid-Diskussion ausgesetzt sein.“

„Kommunalbeschäftigte und Ministerialbeamte, Zöllner und Lokführer, Finanzbeamte und Lehrer, Polizei und Strafvollzug, Beschäftigte in Sozialversicherung und Sozialarbeit, bei Post und Telekom, im Justiz- und Straßendienst, bei den öffentlich-rechtlichen Medien und Banken, im Forst- und Gesundheitsdienst, bei

Joachim Herrmann

Bundeswehr und Verkehrsverwaltung – wir alle halten diesen Staat am Laufen“, machte Dauderstädt klar.

Erwartet werde im Gegenzug, dass nicht die Versorgungsrücklagen verfrühstückt werden und dass man nicht „mit Einheitsdienstrecht, Einheitsversicherung oder Einheitsgewerkschaft“ konfrontiert werde.

Nach Jahren erfolgreicher Tarifpolitik, nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit mit verdi, werde mit der vollständigen Integration der dbb tarifunion in den dbb Stärke und Kompetenz der Gesamtorganisation in diesem Bereich noch wachsen, zeigte sich Dauderstädt überzeugt. Bestrebungen nach einer gesetzlichen Regelung von Tarifeinheit erteilte der Bundesvorsitzende eine deutliche Absage. Der dbb werde gegen jede Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Koalitionsfreiheit vorgehen und „erforderlichenfalls bis nach Karlsruhe marschieren“. Zur Diskussion um ein Streikverbot für Beamte sagte Dauderstädt, in dieser Frage sei der Beamtenstatus unteilbar: „Beamte dürfen nun einmal nicht streiken. Das bleibt so. Denn sonst sind es keine Beamten mehr.“

Dr. Günther Krings

Mc Allister: Bekenntnis zum Streikverbot

Als „eine der tragenden Säulen unseres Staatswesens“ hat der niedersächsische Ministerpräsident und amtierende zweite Vizepräsident des Bundesrats David McAllister das Berufsbeamtentum bezeichnet. „Im Berufsbeamtentum zeigt sich eine ganz besondere Verbundenheit des Staates mit seinen Vertretern aufgrund des beidseitigen Treue- und Fürsorgeverhältnisses, das auf Lebenszeit angelegt ist. Es bietet sowohl Zugehörigkeit und Sicherheit als auch Entfaltungsmöglichkeiten und Unabhängigkeit“, sagte McAllister vor den dbb Delegierten und zahlreichen hochrangigen Vertretern aus Politik und Verbänden. Ein klares Plädoyer hielt der Bundesrats-Vize für das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte: „Zum Berufsbeamtentum gehört das Streikverbot. Dieses sollte nicht in Frage gestellt werden. Wer am Streikverbot rüttelt, läutet letztlich das Ende des Berufsbeamtentums ein“. Vor diesem Hintergrund bot

5

McAllister dem dbb „im Namen der deutschen Länder“ eine „gute Zusammenarbeit“ an.

Pofalla: dbb blickt über den Tellerrand

Der Chef des Bundeskanzleramtes Ronald Pofalla dankte dem dbb im Namen der Bundesregierung für die konstruktive Begleitung wichtiger politischer Prozesse. Insbesondere das Engagement des neuen dbb Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt in der Arbeitsgruppe zum öffentlichen Dienst, die Teil der Demografie-Strategie der Bundesregierung ist, sei sehr zu begrüßen. „Dass der dbb Bundesvorsitzende in dieser wichtigen Gruppe Ko-Vorsitzender und der Bundesinnenminister selbst Vorsitzender ist, das ist auch ein Sinnbild für die gelebte Sozialpartnerschaft.“

Für die kritische Begleitung der zeitweisen Abschaffung des Weihnachtsgeldes für Beamte dankte Pofalla dem dbb. Zudem sagte er die wirkungsgleiche Übertragung der Abschaffung der Praxisgebühr in das Beamtenrecht des Bundes fest zu.

Thomas Oppermann

Besonders würdigte Pofalla die Verdienste des ehemaligen dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen, dem er für „viele Jahre vertrauensvoller und sehr guter Zusammenarbeit“ dankte.

Dr. Heinrich Kolb

Herrmann: Ohne öffentlichen Dienst kein Staat

„Der moderne demokratische Rechtsstaat braucht einen funktionierenden und leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Ohne ihn ist kein Staat zu machen, der den Bürgern dient.“ Mit diesem klaren Bekenntnis zur öffentlichen Verwaltung und ihren Beschäftigten hat der Bayerische Staatsminister des Innern Joachim Herrmann die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Öffentlichen Veranstaltung begrüßt. Wohin es führe, wenn Korruption und Vorteilsstreben das Staatshandeln lähmten, könne derzeit in Griechenland beobachtet werden, sagte Herrmann. „Deshalb soll niemand den Bürgern einreden, dass es die Wirtschaft stärken würde, wenn wir den Staat demontieren. Ich bin überzeugt, dass es uns vielmehr gut geht, weil wir einen tüchtigen öffentlichen Dienst haben, der Recht und Gesetz schafft und auf diese Weise sicher stellt,

Renate Künast

dass unser Gemeinwesen auf Dauer funktionieren kann."

Fraktionen bekennen sich zum öffentlichen Dienst

Die Vertreter der Fraktionen des Deutschen Bundestags bekannten sich in ihren Grußworten zu Bedeutung und Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes. Der eindeutige Tenor aller Aussagen: Der öffentliche Dienst sei ein wichtiger Standortfaktor für Wirtschaft und Gesellschaft, das Berufsbeamtentum garantiere Zuverlässigkeit und Objektivität des Verwaltungshandelns.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Günter Krings sagte, „das Berufsbeamtentum gehört zu den bewährten und erfolgreichsten Strukturen der Bundesrepublik." Der Staat müsse attraktiv bleiben, denn er brauche junge Männer und Frauen als Nachwuchs.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann wies auf die veränderte Sichtweise der Bürgerinnen und Bürger infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise hin: „Alle riefen plötzlich nach dem starken Staat." Eine veränderte Wertschätzung der Beschäftigten sei die Folge. „Wir sollten es so einrichten, dass wir nicht nur gute Beamte, sondern auch gute Gesetze haben." Darüber hinaus plädierte Oppermann für bessere Aufstiegschancen für Frauen im öffentlichen Dienst. Mit Blick auf die anstehende Tarifrunde mit den Ländern riet Oppermann dem dbb: „Heizen Sie den Finanzministern mal kräftig ein!"

Heinrich Kolb, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, bezeichnete den dbb als einen der bedeutendsten Tarifpartner im Land und hob insbesondere darauf ab, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zu steigern, um die Nachwuchsfrage zu lösen: „Personalmangel, zum Beispiel im Vermessungsamt, kann jeden Einzelnen persönlich betreffen."

Die Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen Renate Künast hob in Abwandlung des dbb Mottos „Leistung macht Staat"

Frank Tempel

7

hervor: „Leistung braucht Staat“. Beim Stellenabbau funktioniere das Prinzip „Immer mehr Arbeit mit immer weniger Leuten“ nicht. Vielmehr müssten Flexibilität und Effizienzsteigerungen im Vordergrund stehen. Daher habe Deutschland einen Demografiepakt, wie der dbb ihn vorgeschlagen habe, nötig.

Vor einer möglichen Vermögensabgabe sollten die dbb Mitglieder übrigens keine Angst haben: „So hoch sind Ihre Gehälter nämlich nicht“, sagte Künast.

Die Grüße der Bundestagfraktion DIE LINKE überbrachte Frank Tempel. Er drückte seinen Respekt vor der Leistung des öffentlichen Dienstes aus. Nur mit guter Bezahlung könne Leistung langfristig erhalten werden. Eine sehr bedenkliche Entwicklung im öffentlichen Dienst in Folge der Föderalismusreform sei die Qualität öffentlicher Dienstleistungen je nach Kassenlage des jeweiligen Bundeslandes. Auch könne wegen fehlender finanzieller Möglichkeiten nicht überall die erste Wahl an Bewerbern und Mitarbeitern gewonnen werden. Hier sei dringendes Nachsteuern notwendig.

Russ: Einladung zur Zusammenarbeit

In seinem kurzen Schlusswort dankte der Zweite Vorsitzende des dbb Willi Russ allen Rednern für ihre Ausführungen zum öffentlichen Dienst und betonte, nach all den lobenden Worten und den aufgezeigten Perspektiven könne in der anstehenden Tarifrunde 2013 kaum noch etwas schief gehen. Mit Nachdruck hob Russ hervor, dass der dbb in Bezug auf die Tarifautonomie keinen gesetzlichen Handlungsbedarf sehe. Gleichwohl trage der Verband schwierige Entscheidungen mit, wenn er mitgenommen werde und sich einbringen könne. Abschließend betonte Russ: „Ich lade Sie als Vertreter von Parlament und Regierung ein, mit dem dbb in engem Kontakt zu bleiben.“

Willi Russ

Zum Abschluss der öffentlichen Veranstaltung intonierte die Big Band des Bundespolizeiorchesters Berlin die Nationalhymne. Delegierte und Gäste erhoben sich von ihren Plätzen.

Die Big Band des Bundespolizeiorchester Berlin sogte für den musikalichen Rahmen der Veranstaltung

Erste Pressekonferenz nach den Neuwahlen:

Wechsel und Wirkung

Einen Tag nach ihrer Wahl stellten sich der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt, der Zweite dbb Vorsitzende Willi Russ und der hauptamtliche stellvertretende Bundesvorsitzende Hans-Ulrich Benra am Nachmittag des 13. November in ihrer ersten Pressekonferenz den Fragen der Medienvertreter.

Erster Kontakt der neuen dbb Führungsspitze mit den Medien: Im Bild von links, Hans-Ulrich Benra, Willi Russ, dbb Chef Klaus Dauderstädt, begleitet von dbb Pressesprecher Dr. Frank Zitka.

Dass die positive Atmosphäre der nur knapp eine Stunde zurückliegenden Öffentlichen Veranstaltung auch in den gut besuchten Saal „Paris“ herüber wehte, zeigte sich bereits zu Beginn des ersten offiziellen Kontakts des neuen dbb Führungstrios mit den Medien. So sorgten Klaus Dauderstädt und Willi Russ nach ihrer Vorstellung durch den dbb Pressesprecher Frank Zitka bei ihren Gästen mit der Bemerkung für Erheiterung, dass sie selbst in ihrer gewerkschaftlichen Vita als Beispiel für Gelingen einer Verschmelzung tarif-und beamtenrechtlicher Themen stünden: Er, der ehemalige Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Sozialversicherung, die mehrheitlich Tarifbeschäftigte organisiere, sei nun als oberster dbb Repräsentant sehr stark auch den Beamtenthemen verbunden, erläuterte Dauderstädt gut gelaunt: „Und der Zweite dbb Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik Willi Russ, der sich seit Jahrzehnten mit Tarifthemen beschäftigt, ist vom Dienst beurlaubter Beamter.“

Die Wechselwirkungen, denen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aufgrund unterschiedlicher Statuszugehörigkeiten und Dienstherrenbindungen ausgesetzt sind, wollte Dauderstädt indes nicht heiter verharmlosen. Durch sein klares Votum für das Beamtentum und die Ankündigung, in der kommenden Tarifrunde mit den Ländern und an den zahlreichen kleineren Tariftischen, an denen der dbb als Verhandlungspartner agiert, kämpferisch aufzutreten, zeigte er klare Kante: „Wir haben eine Reihe von Problemen vor uns und sind bereit, diese Herausforderungen anzunehmen. Unser Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sicherzustellen.“

Welche Prioritäten die dbb Bundesleitung ganz oben auf ihrer Agenda hat, erläuterte Willi Russ für den Tarifbereich: „Für uns steht momentan der Einsatz für die Schaffung vertretbarer Regelungen für nicht beamtete Lehrer im Vordergrund. Noch in dieser Woche werden wir deswegen Lehrerstreiks in ganz Sachsen organisieren. An zweiter Stelle stehe die Bereicherung des TVöD um die fehlenden Eingruppierung, die noch vom BAT genutzt werde: „Ohne Eingruppierung ist und bleibt der TVöD eine Dame ohne Unterleib und sorgt dafür, dass die Arbeitgeber viel Geld zulasten der Arbeitnehmer sparen“, erklärte Russ.

Hans-Ulrich Benra, der als erster stellvertretender dbb Bundesvorsitzender in der Geschichte des dbb hauptamtlich tätig und als Fachvorstand Beamtenpolitik amtiert, nutzte seinen ersten Medienkontakt in der neuen Funktion, mehr Respekt für den öffentlichen Dienst zu fordern: „ Die Wertschätzung für den öffentlichen Dienst muss neu definiert werden“, stellte Benra klar, der sein künftiges Engagement für ein modernes Beamtenrecht mit der Selbsteinschätzung eröffnete, er sei mit Leib und Seele Vertreter der Beamtenpolitik, aber kein Traditionalist.

dbb Bundestarifkommission konstituiert:

115 für Tarif

Nach der Wahl der neuen dbb Bundesleitung hat sich in den späten Abendstunden des 12. November mit der dbb Bundestarifkommission (BTK) das tarifpolitische Entscheidungsgremium des gewerkschaftlichen Dachverbandes konstituiert. Die dbb Bundesleitung ist kraft Amtes Mitglied der 115köpfigen Kommission.

An der Spitze der Bundestarifkommission steht als Vorsitzender der Fachvorstand Tarifpolitik und Zweite dbb Vorsitzende Willi Russ.

Mit seinen gewählten Stellvertretern

- Siegfried Damm, Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten .
- Andreas Hemsing, komba gewerkschaft
- Karl-Heinz Leverkus, Deutsche Steuer-Gewerkschaft
- Thomas Gelling, Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer
- Siglinde Hasse, Gewerkschaft der Sozialversicherung und
- Jens Weichelt, Verband Bildung und Erziehung

bildet Willi Russ den Geschäftsführenden Vorstand der BTK.

Führt den dbb in die kommende Lohnrunde mit den Ländern: Der neu gewählte Vorstand der Bundestarifkommission.

Die nächste Zusammenkunft der dbb BTK ist am 10. und 11. Dezember 2012 in Berlin. Dann wird die tarifpolitische Forderung des dbb für die im Januar 2013 startende Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) beschlossen.

Sternzeichen Skorpion:

Geboren am 14. November ...

Dass man sich den Tag seiner Geburt nicht aussuchen kann, ist eine Tatsache. Vielleicht lohnt es sich aber doch, einmal genauer hinzuschauen, wer am heutigen 14. November mit wem Geburtstag feiert. Unsere Auswahl reicht vom Musiker, über den Maler zum Playboy bis hin zum Gewerkschafter und der Buchautorin.

1719 – Augsburg/Deutschland
Leopold Mozart

Johann Georg Leopold Mozart verbrachte sein gesamtes Leben als Musiker und Komponist in Salzburg. Er ist der Vater von Wolfgang Amadeus Mozart, den er als Lehrer und Förderer begleitete. Leopold Mozart verstarb am 28. Mai 1787 im Alter von 67 Jahren in Salzburg. In diesem Jahr jährt sich sein Geburtstag zum 293. Mal.

1840 – Paris/Frankreich
Claude Monet

Claude Monet war als Maler zunächst ein bedeutender Vertreter des Realismus. In späteren Jahren wandte er sich dem Impressionismus zu, dessen Name sich aus seinem Gemälde „Impression, Sonnenaufgang“ (Impression soleil levant von 1872) ableitet. Monet starb am 5. Dezember 1926 im Alter von 86 Jahren in Giverny. In diesem Jahr jährt sich sein Geburtstag zum 172. Mal.

1859 – Hannover/Deutschland
Hermann Bahlsen

Hermann Bahlsen gründete 1889 die „Hannoversche Cakesfabrik H. Bahlsen“. Er war der Erfinder des „Leibniz-Butterkeks“, den er nach dem Mathematiker Gottfried Leibniz, dem berühmtesten Sohn seiner Heimatstadt Hannover, benannt hatte. Bahlsen verstarb im Alter von 60 Jahren am 16. November 1919 in Hannover. In diesem Jahr jährt sich sein Geburtstag zum 153. Mal

1907 – Vimmerby/ Schweden
Astrid Lindgren

Astrid Lindgren war schwedische Schriftstellerin und eine der bekanntesten Kinderbuchautorinnen. Mit ihren Geschichten von „Pippi Langstrumpf“, „Michel aus Lönneberga“, „Ronja Räubertochter“ oder „Kalle Blomquist“ hat sie nicht nur Millionen von Kindern verzaubert. Astrid Lindgren verstarb im hohen Alter von 94 Jahren am 28. Januar 2002 in Stockholm. In diesem Jahr jährt sich ihr Geburtstag zum 105. Mal.

1932 – Schloss Mainberg/ Deutschland
Gunter Sachs

Gunter Sachs war ein vielseitig tätiger deutscher Industriellenerbe, der sich unter anderem als Fotograf und Kunstsammler betätigte. In den 1960er und 1970er-Jahren machte er sich wegen seines Jet-Set-Party-Lebens als „Playboy“ einen Namen. Sachs verstarb am 7. Mai 2011 in Gstaad in der Schweiz. In diesem Jahr hätte er seinen 80. Geburtstag gefeiert.

1948 – London/Groß-Britannien
Charles Mountbatten-Windsor

Prinz Charles Philip Arthur George Mountbatten-Windsor ist der Prince of Wales, Duke of Cornwall. Als ältester Sohn von Königin Elisabeth II. und Prinz Philip ist er somit der erste Thronfolger des Vereinigten Königreiches. Mountbatten-Windsor feiert in diesem Jahr seinen 64. Geburtstag.

1948 – Nördlingen/Deutschland
Klaus Dauderstädt

Klaus Dauderstädt ist seit 1999 Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS). Der Jurist gehört seit 2003 als stellvertretender Bundesvorsitzender der dbb Bundesleitung an. Am 12. November 2012 wurde er von den Delegierten des dbb Gewerkschaftstag zum neuen dbb Bundesvorsitzenden gewählt. Dauderstädt feiert in diesem Jahr seinen 64. Geburtstag.

1954 – Birmingham/Alabama-USA
Condoleezza Rice

Condoleezza Rice war 2005 bis 2009 unter Präsident George W. Bush als erste Frau afro-amerikanischer Herkunft Außenministerin der Vereinigten Staaten von Amerika. Von 2001 bis 2005 war die Republikanerin Nationale Sicherheitsberaterin von Präsident Bush. Condoleeza Rice feiert in diesem Jahr ihren 58. Geburtstag. ■

Staatsverschuldung:

Im Fokus: die Schwarze Null

Der unter der Nummer 257 laufende Leitantrag an den dbb Gewerkschaftstag zum Thema Finanz- und Steuerpolitik beschäftigt sich mit einer grundsätzlichen politischen Herausforderung für die kommenden Jahre: Der nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte: „Eine solide Finanz- und Steuerpolitik ist das Fundament, um einen finanziell handlungsfähigen Staat zu gewährleisten“, heißt es dort.

Um dieses Fundament zu bauen, ist die Politik gefordert, mit ganzer Konsequenz zu handeln. Denn obwohl die jüngsten Steuerschätzungen stetig steigende Steuereinnahmen prognostizieren, bleiben insbesondere die kommunalen Haushalte notorisch klamm. Ein Grund sind weiter steigende Ausgaben. Daran ändert auch die bislang trotz der Finanzkrise relativ gute Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt nichts. Dass die Alarmglocken der Stadt- und Gemeindekämmerer seit Jahren ein Dauersignal abgeben, liegt aber auch am komplizierten Finanzgeflecht, das den Kommunen stetige Einnahmen sichern soll.

Letztlich gleichen die erwarteten Mehreinnahmen die dynamisch ansteigenden Ausgaben nicht annähernd aus. Sie werden unter anderem von den steigenden Sozialausgaben in Höhe von voraussichtlich über 45 Milliarden Euro im Jahre 2012, den zusätzlichen Anforderungen beim Ausbau der Kindertagesbetreuung, aber durch Tariferhöhungen aufgezehrt.

Schuldensog

Bund, Länder und Gemeinden sind insgesamt mit über zwei Billionen Euro verschuldet. Sie zahlen täglich 170 Millionen Euro nur an Zinsen. Daher sehen Experten keine Alternative zu einem nachhaltigen Konsolidierungskurs, um die Vorgaben der Schuldenbremse des Grundgesetzes und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes einzuhalten.

Vor diesem Hintergrund dürften die Kosten für den Tarifabschluss für Bund und Kommunen, der im März 2012 von allen Beteiligten unterschrieben wurde, kaum der Auslöser für die anhaltende Schräglage der Kommunen sein. Immerhin hatte auch Thomas Böhle den Abschluss als Verhandlungsführer der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) als vernünftigen Kompromiss und „in der Gesamtabwägung für die Arbeitgeber vertretbar“ bewertet.

Um die Einnahmesituation der Gemeinden zu entzerren, hatte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Jahr 2010 eine Gemeindefinanzkommission eingesetzt, die entsprechende Vorschläge erarbeiten sollte. Die Grundideen: Mehr Mitspracherecht bei der Einkommensteuer und eine Reform der Gewerbesteuer. Bereits ein Jahr danach war das Vorhaben gescheitert, weil sich Bund, Länder und Gemeinden nach monatelangen Verhandlungen nicht auf eine gemeinsame Position hat-

ten einigen können. Damit bleibt bei der Gewerbesteuer alles beim Alten. Für die Gemeinden ist die Gewerbesteuer eine ihrer wichtigsten Einnahmequellen.

Solidarität

Eine besondere Stellung im föderalen Finanzgeflecht haben die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Sie müssen jeweils Landes- und Kommunalaufgaben wahrnehmen und sind dadurch finanziell besonders belastet. Für den Bereich des öffentlichen Dienstes führt das zum Beispiel dazu, dass Beamte in Berlin bis heute benachteiligt sind, was die Besoldung im Ländervergleich betrifft: Sie bekamen bis 2009 gut ein Zehntel weniger als ihre Kollegen in anderen Bundesländern. Selbst „arme“ Länder wie das Saarland und der ebenso wie Berlin überschuldete Stadtstaat Hamburg zahlten ihren Beamten deutlich mehr.

Der Besoldungsrückstand wird erst seit Ende 2010 langsam abgebaut. Die ungleiche Bezahlung ist eine Konsequenz der Abschaffung einer bundeseinheitlichen Besoldung durch die Föderalismusreform.

Auf der einen Seite regelt der Länderfinanzausgleich die Geldflüsse. Für die horizontale Verteilung der Steuereinnahmen unter den Ländern ist dabei grundsätzlich das örtliche Aufkommen maßgeblich. Die Landessteuern sowie der Länderanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer stehen den einzelnen Ländern insoweit zu, als die Steuern von den Finanzbehörden dieser Länder erhoben werden. Korrekturen werden bei der Lohn- und Körperschaftsteuer sowie bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge vorgenommen, weil diese Steuern aus Gründen der Steuererhebungstechnik nicht in dem Land erhoben werden, dem sie nach der Steuersystematik zugeordnet werden müssen.

Das System des Länderfinanzausgleichs hat laut Bundesfinanzministerium die Aufgabe, die sich durch die Steuerverteilung ergebenden Finanzkraftunterschiede unter den Ländern angemessen auszugleichen, so dass alle Länder in die Lage versetzt werden, den ihnen zugewiesenen Aufgaben nachzukommen. Dieses horizontale Ausgleichssystem regelt die horizontale Umsatzsteuerverteilung, den horizontalen Finanzausgleich unter den Ländern und die den horizontalen Länderfinanzausgleich ergänzenden Bundesergänzungszuweisungen.

Schulden tilgen

Der Länderfinanzausgleich wird allerdings besonders von den „reicheren“ Bundesländern, den „Geberländern“ kritisch betrachtet: Hessen und Bayern wollen notfalls mit einer Klage zu Änderungen in Form einer Neuverteilung der Mittel im Länderfinanzausgleich kommen, unter anderem, um mehr Einfluss auf die Verwendung der Mittel zu bekommen. Die 2005 vereinbarten Regeln für den Finanzausgleich zwischen wirtschaftsstarken und -schwachen Ländern gelten bis 2019.

Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Erwin Sellering reagierte wenig amüsiert über den Vorstoß der beiden Geberländer: „Es geht doch nicht, dass die Geberländer den Empfängern der Ausgleichszahlungen Vorschriften für deren Haushaltspolitik machen wollen. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, mehr Geld für Kinder und Familien auszugeben“, sagte Sellering im Januar 2012 dem Handelsblatt und betonte den solidarischen Charakter des Ausgleichsmodells innerhalb des Föderalismus. Die Starken müssten den Schwächeren helfen, ihre Entwicklungsdefizite abzubauen und aufzuschließen.

Über den Bund-Länder-Pakt erhalten besonders schwache Länder zusätzliche Finanzmittel. In diesem Rahmen muss zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern zahlen, obwohl es selbst strukturschwach ist und im Verlauf der vergangenen Jahre eine ordentliche Konsolidierungsleistung erbracht hat.

Dies ist nur ein Beispiel von vielen, doch es zeigt, dass die Abhängigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie deren finanzielle Steuermechanismen nur so gut funktionieren können, wie Gelder zur Verteilung verfügbar sind. Nimmt die Staatsverschuldung insgesamt zu, wird das auch Konsequenzen für die Verteilungssysteme haben und damit Auswirkungen auf die Ausstattung des öffentlichen Dienstes. Daher plädiert der dbb bereits seit Jahren dafür, das Hauptaugenmerk weniger auf die Feinjustierung der einzelnen Finanzausgleichsmodelle zu legen, sondern auf generelle Schuldentilgung. Denn nur, wenn insbesondere die Problematik der Altschulden gemeistert wird, gewinnen Länder und Gemeinden wieder Spielräume zur aktiven Gestaltung ihrer Infrastrukturen. Letztlich sind nicht die Personalkosten das Hauptproblem der öffentlichen Haushalte, sondern die belastenden Altschulden, wie am Beispiel Niedersachsen deutlich wird: Neue Kredite, die das Land aufnimmt, werden ausschließlich für Zinsen aufgewendet.

Daher wird sich der dbb auf künftig dafür einsetzen, mit konstruktiven Vorschlägen dazu beizutragen, das Schuldenproblem in den Groff zu bekommen. ■

Unterhaltungsabend:

Mit Stargast & Tombola

Das Rätselraten um den Stargast des gestrigen Unterhaltungsabends hatte erst kurz vor 22:00 Uhr ein Ende. Moderatorin Birte Karalus kündigte an: Max Raabe und das Palast-Orchester! Die rund 1 000 Gäste reagierten mit tosendem Applaus.

14

Doch bevor es soweit war, boten liebenswürdige Hostessen letzte Tombola-Lose zum Kauf an, erklangen Harfentöne zum festlichen Büfett und danach, danach erst verzauberte Max Raabe seine Zuhörer über eine Stunde lang mit nostalgischem Glamour – Zugabe eingeschlossen. Nach dem Konzert gab es (endlich) auch das Erinnerungspräsent des dbb an den Gewerkschaftstag 2012: eine Weihnachtslieder-CD von Max Raabe mit „seiner“ Interpretation von Klassikern wie „Kling Glöckchen kling“ oder „Leise rieselt der Schnee“.

Der zweite Höhepunkt des Abends, die Ziehung der Gewinner der Tombola-Preise und die Bekanntgabe des Erlöses zugunsten der DKJS schloss sich unmittelbar an das Max Raabe-Konzert an: Zu spät für die Berichterstattung im dbb Journal. Die Journal Redaktion wünscht den glücklichen Gewinnern deshalb viel Freunde an ihren Preisen und der DKJS einen möglichst hohen Erlös aus dem Losverkauf. Die Geschäftsführerin der Stiftung, Dr. Heide Kahl, fungierte als Glücksfee.

Und tschüss ...

... bis zum Gewerkschaftstag 2017 ...

Bis dahin bedanken wir uns bei allen Leserinnen und Lesern der dbb Journale rund um die Gewerkschaftstage 2012 für ihr Interesse an unserer Berichterstattung.

Ihre Journal Redaktion

Mehrwert für Mitglieder

Werben Sie für Ihre Fachgewerkschaft ...

... und der dbb belohnt Sie mit einem Wertscheck und verlost am Ende der Aktion unter allen Werbern zusätzlich einen attraktiven Sonderpreis.

Aktion: 1.1.2012 bis 31.12.2012

Infos:

www.dbb.de/mitgliederwerbung
Telefon 030.4081-0
Fax 030.4081-5599

dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
10117 Berlin